

Hans Ehrenberg – ein judenchristliches Schicksal im „Dritten Reich“

Von Günter Brakelmann, Bochum

Am 10. November 1938 erschien im Lokalteil der Westfälischen Landeszeitung „Rote Erde“ eine kleine 16zeilige Notiz mit der Überschrift „Die Synagoge abgebrannt“:

„Das Volk ist empört. Die feige Mordtat des jüdischen Verbrechers Grünspan an dem deutschen Botschaftsrat erster Klasse vom Rath hat in der gesamten deutschen Bevölkerung die größte Empörung hervorgerufen. Als am Abend des 9. November bekannt wurde, daß vom Rath seinen Verletzungen erlegen sei, stieg die Empörung ins Unermeßliche. Auch in Bochum wuchs sie in den späten Abendstunden zu einer spontanen Kundgebung, die sich dahin auswirkte, daß die Synagoge in Brand gesteckt wurde. Überall sammelten sich die Menschen an, die in ihren Beifallkundgebungen zu erkennen gaben, daß alle der feste Entschluß beseelt, einmal endgültig mit dem Judenmob Schluß zu machen.“

Und im Bochumer Anzeiger vom 11. November heißt es:

„Die natürlichsten und ersten Ziele gegen die sich dieser gerechte und immer wieder heraufbeschworene Zorn in der Gauhauptstadt Bochum richtete, waren in der dichtbelebten Stadt die Synagoge an der Wilhelmstraße, die mit ihren Zwiebeltürmen schon immer als ein Stein des Anstoßes galt, und das Judenkasino auf der Wittener Straße, gegenüber dem Alten Friedhof. Empörte Volksgenossen legten an beide Gebäude zu mitternächtlicher Stunde Feuer und bald schlugen die Flammen hoch empor. Die jüdischen Burgen vernichtend, die weiter unter seinen Augen zu dulden, das deutsche Volk jetzt nicht und niemals mehr gewillt ist . . .

Ebenfalls schon vor Mitternacht wurden die jüdischen Läden, die sich in der Innenstadt und in den verschiedensten Stadtteilen Bochums befanden, zerstört . . . Auch in den Wohnungen bekannter und berühmter Juden entlud sich der Zorn über die neue feige Mordtat . . .

Wenn die Trümmer der Synagoge und des Judenkasinos beseitigt sind, wenn die letzten-unerwünschten Juden den Boden unserer Heimatstadt verlassen haben werden, wird Bochum auch für sich erleichtert aufatmen, weil dann ein Kapitel seiner Geschichte beendet sein wird, das von den Leiden und Nöten deutscher Volksgenossen durch eine fremde Rasse berichtet.“

Auf der Kortumstraße 71 wohnte der Rechtsanwalt Mariantal. Über sein Schicksal schreibt eine damals bekannte Bochumer Bürgerin in einem Brief an ihre Tochter:

„Der Mann war vier Jahre an der Front, bekam das EK I, und war als Jude dann Regimentsadjutant. In seinem Hause hat man bis zu cm-Größe alles zertrümmert. Und während das geschah, spielte ein SA-Mann auf dem Klavier preußische Armee-märsche.“

Wie anderen erging es auch der Familie Ehrenberg, die damals in der Goethestraße 8 wohnte. In demselben Brief heißt es dazu:

„Mit Ehrenbergs steht es ebenso wie überall. Ich war gestern bei ihr. Eine halbe Stunde davor haben sie ihn verhaftet, nachdem er extra angereist war, um sich zu stellen. Frau Ehrenberg hat zusammen mit ihren zwei Kindern die Schreckensnacht erlebt. Bewundernswürdig ihre Haltung. Auch der Bub fein, selbstbewußt und aufrecht. Auf einer herrlich alten Christusfigur aus Holz haben die Männer rumgehackt. Frau Ehrenberg zog sie aus den Trümmern hervor und hat sie über dem Chaos von Schutt und Scherben aufgebaut. Die Figur ist unverletzt. Gestern abend haben sie sich in all der Zerstörung Kerzen angezündet und sich das Abendmahl gereicht.

Die Pastoren und ihre Frauen sowie einfache Leute der Gemeinde sehen nach ihnen. Morgen gehe ich mit Fotoapparat hin . . .“

Unsere Berichterstatteerin war Mitglied der Frauenhilfe der Bekenntnisgemeinde Melanchthon. Sie schreibt über die erste Versammlung der Frauenhilfe nach dem 9./10. November:

„Wir hatten heute eine sehr ernste Frauenhilfe. Der kleine Pastor (gemeint ist der damalige Hilfsprediger und spätere Pfarrer von Melanchthon Wilhelm Schmidt) und ich verabredeten, daß wir zu den Dingen gemeinsam Stellung nehmen würden. Der Christenmensch muß wissen, wie man in dieser Zeit zu stehen hat. Als Richtschnur gab der Pastor Luthers Erklärungen zu den Geboten und sprach dann, vom 5. und 7. Gebot ausgehend, mit solch männlichem Ernst, daß mir das unvergeßliche Erinnerungen sein werden. Meine Stegreifrede war auch klar. Nur habe ich manches Wichtige doch nicht sagen können . . . Es waren wohl etwa 130 Frauen da und wenn Frau X nicht gelauscht hat, geht alles gut und wenigstens 130 Familien werden sich damit auseinandersetzen müssen.

Schrieb ich Dir, daß Lic. Schmidt Sonntag nach dem Gottesdienst verhaftet wurde? Er ist noch hier im Gefängnis. Ehrenberg mit allen Juden zusammen nach Oranienburg gekommen. Ob Niemöller auf diese Art von all den Dingen erfährt? Wie schwer, von den Geschehnissen abgetrennt, und wie lebendig eingemauert zu leben¹.“

Bei dem erwähnten Lic. Schmidt handelt es sich um den Amtsbruder von Ehrenberg, Albert Schmidt, der von der Kanzel der Pauluskirche der Gemeinde einen Bericht über die Ereignisse um Ehrenberg und seine Familie gegeben hatte. Albert Schmidt war ehemaliger Reichstagsabgeordneter des Christlich-Sozialen Volksdienstes, dem auch Ehrenberg angehört hatte.

Ehrenberg, der am 9. November außerhalb Bochums auf einer Reise im Rheinland war, wurde am 11. November nach seiner Rückkehr in „Schutzhaft“ genommen und in das Konzentrationslager Sachsenhausen gebracht. Keine 200 m von ihm weg saß Martin Niemöller, Symbol für den Widerstand der Kirche im totalitären Weltanschauungsstaat, in

¹ Alle Briefe im Gemeindearchiv der Evangelischen Kirchengemeinde Melanchthon (Sammlung Erna Schröer).

Einzelhaft. Als Leichenträger im KZ kam Ehrenberg manchmal bis auf wenige Meter an ihn heran, ohne aber mit ihm sprechen zu können.

Wer war nun dieser Hans Ehrenberg, den man ins Konzentrationslager brachte, weil er zu dem „Judenmob“ gehörte, das es auszurotten galt? Wie war sein Lebensweg bis 1933 und von 1933 bis 1939?

In Kürze sein Leben:

Groß geworden ist der 1883 in Altona geborene Hans (Philipp) Ehrenberg in der geistig-moralischen Atmosphäre einer Familie des emanzipierten Judentums des 19. Jahrhunderts. Sein Vater war Bankkaufmann, zwei Brüder seines Vater waren Universitätsprofessoren. Ehrenberg entstammt einem jüdischen Hause, das nicht so sehr in der alten religiösen Tradition wurzelte, sondern mehr in den geistigen Traditionen der deutschen Aufklärung, des Idealismus und der Romantik lebte. Eine religiöse Erziehung hat der junge Ehrenberg nicht erlebt. Literatur, Philosophie und praktische Ethik dominierten.

Ab 1902 studierte Ehrenberg Rechts- und Staatswissenschaften, einschließlich Nationalökonomie. Mit einem Dr. rer. pol schloß er dieses Studium ab. Seine als Buch veröffentlichte Promotionsarbeit lautete „Die Eisenhüttentechnik und der deutsche Hüttenarbeiter“ (1906 erschienen).

1906/07 leistete er in Kassel seinen Wehrdienst ab. Anschließend studierte er in Heidelberg Philosophie und beendete dieses Studium mit der Promotion zum Dr. phil. . . .

Politisch war Ehrenberg in den Jahren 1903 bis 1905 mit der nationalsozialen Vereinigung von Friedrich Naumann in Berührung gekommen. Er war Mitglied dieses kurzlebigen Versuches, christliche, soziale und nationale Elemente zu einer politischen Handlungseinheit zusammenzufügen. Gemäß den Traditionen seiner Herkunft und Umwelt war Ehrenberg zunächst ein Anhänger des Kulturliberalismus und des ihm entsprechenden politischen Liberalismus. Doch im ganzen lief die Politik in seinen jungen Jahren am Rande mit.

Wichtiger für seinen inneren Werdegang wurde das Jahr 1909. Im Alter von 26 Jahren ließ er sich in Berlin evangelisch taufen. Die kommenden Jahre waren gekennzeichnet durch den Versuch, das Verhältnis von idealistischer Philosophie und christlichem Glauben zu bestimmen. Als Privatdozent (ab 1910) für Philosophie hat Ehrenberg sich mit Grenzproblemen von Philosophie und Theologie befaßt. Bei diesen seinen philosophisch-theologischen Bemühungen rückte er immer mehr von der Tradition des deutschen Idealismus ab. „Überwindung der Philosophie durch den Glauben“ – wie er es nannte – wurde sein Programm. Die in den Jahren vor 1914 geschriebenen vier Bücher spiegeln den schweren Ablösungsprozeß von der Philosophie zu einer „positiven Theologie“ wider.

Waren politisch Sozialliberale wie Friedrich Naumann, Rudolf Sohm und Otto Gierke für Ehrenbergs Frühzeit von großer Bedeutung, so waren es sozialwissenschaftlich und theologiegeschichtlich Männer wie Max Weber und Ernst Troeltsch, mit denen er freundschaftlich-kritisch verkehrte. Zeitweilig hatte er auch engeren Kontakt zum Stefan-George-Kreis.

Diese Heidelberger Jahre bis 1914 waren für Ehrenberg eine Zeit intensiven Ringens um einen eigenen Standort im Wissenschafts- und Weltanschauungspluralismus jener Zeit. Seine langsame Abkehr von Idealismus und Liberalismus nahm schärfere Konturen an.

Die endgültige Erschütterung der gesamten traditionellen geistigen Existenz brachte für Ehrenberg wie für viele andere der erste Weltkrieg. Die Welt der alten deutschen Bildungs- und Kulturideale ging unter den Bedingungen eines geistig und materiell immer totaler geführten Krieges zugrunde. Das Kriegserlebnis brachte für Ehrenberg den endgültigen Durchbruch zu einer theologischen und praktisch-christlichen Existenz. Aus dem „Kriegserlebnis“ wurde für ihn das „Kirchenerlebnis“. Am Ende des Krieges war er zum Berufswechsel fest entschlossen. Weg von der Unfruchtbarkeit der Universität hin zum offenen Leben in Kirche und Gesellschaft – das wurde seine Sehnsucht.

Den Krieg selbst machte Ehrenberg vom 2. Tage an bis zum Dezember 1918 mit. Er war mit kurzen Krankheitsunterbrechungen bis 1917 als Leutnant, Kompanieführer und Bataillonsadjutant an der Westfront im Einsatz. Die Sommeschlacht hat er voll mitgemacht. Nach erneuter Krankheit war er ab April 1917 an der Artillerieschießschule in Jüterbog als Ausbilder tätig. Hier erlebte er auch das Ende des Krieges. Ehrenberg war tätig im Arbeiter- und Soldatenrat und half mit bei der Demobilisierung der Truppen.

Erst Ende 1918 kehrte er nach Heidelberg zurück. Er wurde zum außerordentlichen Professor für Philosophie ernannt. Aber Ehrenberg konnte nun endgültig nicht mehr in alter zünftiger Weise Philosophie betreiben. Er schreibt in einem Rückblick aus dem Jahre 1937 über diese Zeit:

„Indem damals das Kriegserlebnis ins Kirchenerlebnis mündete, warf mich der Ausgang des Krieges mitten in die Gemeinschaftsfragen hinein von ‚Volk und Kirche‘. Mit dem Rest von unheilbarem Individualismus, mit dem ich vor dem Kriege nicht fertig wurde, hatte der Krieg mehr als gründlich bei mir aufgeräumt. Und so erfuhr ich 1918 zugleich mit dem Unglück unseres Volkes einen Neuaufbruch, der christlich-völklich war und mich sehr schnell dann auch ins evangelische Gemeindeleben hineinbrachte. . . 1919 war für mich ein unendlich vielfältiges Jahr, kaum wiederzugeben. Da waren meine Studenten vom Kriege heimgekehrt, geistig gereift, denen ich fast zum Gleichaltrigen werden durfte. Bis etwa 1921 dauerte dies wunderbar schöne Arbeiten mit den Kriegsstudenten auf dem philo-

sophischen und religiösen Gebiet. Dann war da der Arbeiter, in ihm sah ich für mich als Bürger den Bürgen der Volksgemeinschaft. Daß Kirche und Arbeiterschaft sich versöhnten, war mein reichlich schwärmerisches, aber heißes Sehnen. Deshalb wurde ich jetzt doch noch Sozialist, nicht von allen verstanden, aus „Volksliebe“ (das war mein Wort damals), und mit dem klaren Bewußtsein, daß dies allerdings nur ein Experiment sei . . .

Zu Universität und Arbeiterschaft kam 1919 zu dritt die Kirche, wobei das Volkserlebnis stark mitwirkte. Als „Religiös-Sozialer“ zog ich ins praktisch-kirchliche Leben ein. Zugleich schrieb ich mein zweibändiges Buch „Tragödie und Kreuz“. Man trat aus kirchlichen Kreisen an mich heran; ich hielt mich ganz zurück; dem Ruf aber folgte ich. So wurde ich erster Schriftleiter des von mir sogenannten „Christliches Volk“, später „Christliches Volksblatt“, noch später „Sonntagsblatt des arbeitenden Volks“, eines religiös-sozialen Sonntagsblattes, das während des einen Jahres meiner Schriftleitung . . . von mir inhaltlich auf den Arbeiter eingestellt wurde, aber ohne jeden politischen Inhalt. So kam ich langsam auch in die Dinge des praktisch-kirchlichen Lebens hinein.

Damals fing ich an zu wissen, daß ich Pfarrer werden sollte. Die Universitätstheologen in Heidelberg munkelten schon vor dem Kriege über mich; aber damals war es für mich nur die Theologie, noch nicht die Gemeinde. Nichts Äußeres, keinerlei Sorgen und Konflikte, konnte mich dazu anregen. Dreierlei Inneres bestimmte mich allein: das Wort Gottes (die Predigt), der Dienst am Nächsten, Praxis statt Theorie! Heraus aus der liberalen Lebensform!²

Universität – Arbeiterschaft – Kirche: das waren die Räume, in denen Ehrenberg sich bis 1925 bewegen sollte.

1920 hat er ein kleines Buch herausgebracht: „Die Heimkehr des Ketzers.“ Hier beschreibt er seinen Weg zur Kirche. Und 1919 hatte er einige Artikel über Politik und Sozialismus verfaßt, ebenso eine scharfe Kritik an Hindenburg und Ludendorff geschrieben.

Im gleichen Jahr trat Ehrenberg auch der SPD bei. Sein Ziel war es, durch diesen Schritt zur Versöhnung von Arbeiterschaft und Kirche mit der eigenen Person beizutragen. Anderthalb Jahre war er sogar Stadtverordneter für die Partei in Heidelberg. Aber die politische Tätigkeit stand nicht im Vordergrund. Sein zentrales Interesse waren weiterhin philosophische und theologische Bemühungen. Ein umfangreiches Schrifttum aus jener Zeit liegt vor. In Büchern und Aufsätzen versuchte Ehrenberg seine theologische und politische Position den Zeitgenossen verständlich zu machen. Die Breite wie die Tiefe dieser literarischen Produktion ist bedeutend zu nennen. Der Beginn der Weimarer Republik war für Ehrenberg eine Hochzeit der Aktion wie der Reflektion. Von einmaliger Bedeutung sind bis heute die von ihm mitherausgegebenen Bände „Östliches Christentum“ (1924). Ehrenberg war ein bekannter Kenner und Interpret östlicher Religionsphilosophie. Vor allem auch das Schicksal der Ostkir-

² Wenn nicht anders angegeben, sind alle Zitate der Personalakte „Hans Ehrenberg“ im Archiv der Ev. Kirche von Westfalen in Bielefeld entnommen, in das auch die Bestände des Bochumer Synodalarchivs in Ablichtungen eingegangen sind.

che unter den Bedingungen des Bolschewismus hat ihn von Anfang an intensiv beschäftigt. Er war Mitglied der „Gesellschaft für die Unterstützung der russischen Glaubensbrüder“. Überhaupt hat er schon in diesen Jahren zahlreiche persönliche und sachliche Kontakte zur Ökumenischen Bewegung gehabt. Ehrenberg hatte schon längst das Erlebnis von Kirche hinter sich, als er ab 1920 „um der Ordnung willen“ ein volles Theologiestudium zu absolvieren begann. 1923 und 1924 legte er in Münster seine Examina ab, übrigens zusammen mit dem 10 Jahre jüngeren Martin Niemöller.

Ehrenberg selbst berichtet dann über die folgenden Entscheidungen:

„Ich hatte dann für das Pfarramt zwischen meiner Heimat im Norden und Westfalen geschwankt und mich dann für Westfalen um des Ruhrgebietes willen entschieden. Wo ich einstens 1905 als nationalökonomischer Student im Hörder Verein . . . Material für eine Doktorarbeit sammeln durfte, durch die Werkstätten gehen konnte und erste nähere Bekanntschaft mit deutschen Hütten- und Eisenarbeitern schloß. Da zog es mich volklich wieder am meisten hin. Das gab den Ausschlag. Etwas sprach noch mit, daß ich gerne in eine Kirche ging, die Gemeindeleben und Kirchlichkeit kennt. Nur endlich einmal aus dem Liberalismus ganz heraus, darauf kam es mir an.

1924 stand ich dann zum ersten Male im Ruhrgebiet auf der Kanzel. Es war in unserer Bochumer Christuskirche. Und ich war froh, als ich hörte, daß beim Ausgang gesagt worden sei: gar nicht wie ein Professor! Trotzdem hat mich hernach der Professor beinahe wie ein Unglück begleitet, und es ist auch sicher zutreffend, daß man mit 40 Jahren seinen Sprach- und Ausdrucksstil nicht mehr vollständig umwerfen kann. So ist etwas Akademisches an mir hängengeblieben, nicht in meinem Herzen, nicht in meinem Glauben, aber in meiner geistigen Artung.“

Seit dem 27. 9. 1925 war nun Ehrenberg Pfarrer in Bochum-Altstadt im VI. Bezirk. Er wohnte in der Neustraße 15, das Gemeindehaus war in der Diebergstraße 46. Er predigte regelmäßig in der Christuskirche, in der Pauluskirche und häufig in der Melanchthonkirche.

Aus Anlaß seiner Ordination hatte er folgende Erklärung abgegeben:

„Ich erkläre, das Wort Gottes, wie es in der Heiligen Schrift Alten und Neuen Testamentes begriffen ist, dem evangelischen Glauben und dem Bekenntnisstand unserer vereinigten evangelisch-protestantischen Landeskirche gemäß, nach bestem Wissen und Gewissen rein und lauter mit allem Fleiß und Eifer zu verkünden, die heiligen Sakramente nach Christi Einsetzung zu verwalten und zu halten und meine Amtstätigkeit auf dem Grund der altchristlichen Symbole auszuüben.“

Diese Ordinationserklärung war für Ehrenberg nicht ein üblicher vorgeschriebener kirchenbürokratischer Akt, sondern entsprach genau seiner gewissensmäßigen theologisch-kirchlichen Überzeugung. Alle für ihn entscheidenden theologischen Sachbereiche werden hier genannt: Wort Gottes – Altes und Neues Testament – Bekenntnis – Sakramente – altchristliche Symbole.

Ehrenberg war theologisch gesehen ein Mann von lutherischer Konservativität. Schrift und Bekenntnis standen für diesen modern gebildeten Mann im Zentrum seiner theologischen, dogmatischen und unterrichtlichen Bemühungen. Aber gerade dieses Stehen im Zentrum ließ ihn offen sein für alle zeitgenössischen Probleme in Religion, Weltanschauung, Philosophie, Kunst und Politik. Auch als Gemeindepfarrer lebte er auf dem Grund einer an Tradition gebundenen Kirchlichkeit eine dialogische Existenz. Seine Bildung war überragend. Er brillierte aber nicht mit ihr, sondern machte sie im Gespräch, in der Seelsorge und in der Predigt fruchtbar für das zentral-theologische Gespräch mit den Zeitgenossen.

Ehrenberg konzentrierte sich voll auf seine Gemeindeaufgaben. Aus der SPD war er ausgetreten. Ebenso waren seine Verbindungen zu den Religiös-Sozialen nur noch sehr sporadisch. Predigt, Unterricht, Gespräche mit Menschen vor Ort – das waren für ihn die Bochumer Lebenshalte. Allerdings bedeutete das nicht Abschied vom Politischen überhaupt. Nur: das Politische wurde ihm immer mehr durch die Erfahrungen des Ruhrgebietsalltags ein theologisches Problem. Die Auseinandersetzungen mit Marxismus, mit Sozialismus, mit Freidenkertum, mit Atheismus und anderen politisch-weltanschaulichen Positionen hat er als Schulungsleiter des sogenannten Kampfbundes Christlicher Arbeiter intensiv geführt. Mehrere kleine Schriften aus den Jahren nach 1925 legen über diese Aktivitäten Zeugnis ab. Die Themen: „Kirche und Sozialdemokratie“, „Heil und Unheil im öffentlichen Leben“ und „Der Mann ohne Arbeit“. Ehrenberg ist eben Gemeindepfarrer im Ruhrgebiet und nicht in einer ländlichen Idylle. Er wird im Hexenkessel einer Industriestadt Tag für Tag konfrontiert mit den existentiellen, sittlichen und geistigen Problemen einer säkularistischen Industriekultur. Er erlebt wachen Geistes und wachen Herzens die Endphase der Weimarer Republik. 1932 schreibt er ein erregendes, wenn auch für uns heute schwer lesbares Buch „Deutschland im Schmelzofen“. Seine Fragen: wie verhält sich christliche Kirche in den Alternativen von Faschismus und Bolschewismus? Haben Christus und seine Kirche angesichts dieser Großmächte noch eine Chance? Er widmet dieses Buch „dem Volk Gottes an der Ruhr“.

Eine Kampffront nun, die später entscheidend werden sollte, kündigte sich schon kurz nach seinem Amtsantritt an. Von Anfang an war Ehrenberg bestimmten völkischen Gruppen und vor allem den Nationalsozialisten in und um Bochum als Jude, Theologe und politisch Engagierter ein Ärgernis. Sein erster großer Konflikt begann in Hattingen an der Ruhr. Am 4. März 1927 hatte er dort zwei Vorträge gehalten mit dem Titel „Kirche und Antisemitismus“, dazu über die Zukunft Israels nach Röm. 11 gepredigt. Ein Hattinger Studienrat schrieb einen langen Beschwer-

debrief an den Generalsuperintendenten Zöllner in Münster. Es schloß sich eine lange Kontroverse in der Hattinger Zeitung und in der Hattinger Gemeinde an. Das Konsistorium in Münster schließlich hielt die Ausführungen Ehrenbergs für zuverlässig. Daraufhin ging im November 1928 folgender Brief von Hattingen nach Münster:

„500 evangelische Nationalsozialisten der Stadt Hattingen, die treu zur evangelischen Kirche stehen, haben mit Erschütterung das Urteil des Herrn Generalsuperintendenten und des Konsistoriums über die Vorträge des Herrn Pfarrers Prof. Dr. Ehrenberg aus Bochum, die dieser im März 1927 in Hattingen über die Judenfrage gehalten hat, in der beiliegenden Veröffentlichung des Herrn Pfarrers Böttginghaus aus Welper gelesen. Wir können nicht glauben, daß diese der Öffentlichkeit bekanntgegebenen Sätze das vollständige Urteil des Konsistoriums bzw. des Herrn Generalsuperintendenten über die Vorträge enthalten, da in diesen die Judenfrage vorwiegend nicht vom religiösen, sondern vom rassischen und politischen Standpunkt aus behandelt worden ist.

Wir können nicht glauben, daß eine die Oberaufsicht leitende Behörde unserer Kirche es billigt, daß ein rassenbewußter Jude als evangelischer Geistlicher vom rassischen Standpunkte aus die deutschen evangelischen Christen über den politischen Antisemitismus belehren soll.“

Diese Hattinger Ereignisse mit der Denunzierung Ehrenbergs bei der Kirchenleitung und mit der Kampagne völkischer und nationalsozialistischer Kreise gegen ihn sollten ein kleines Vorspiel sein für die bald kommenden dramatischen Ereignisse.

Das „Dritte Reich“ ist noch keine zwei Monate alt, als der erste gezielte Angriff auf Ehrenberg erfolgt. Der sogenannte Staatliche Untersuchungsausschuß beim Oberpräsidenten der Provinz Westfalen, Abteilung für höheres Schulwesen, schreibt unter dem 23. Mai 1933 folgenden Brief an das Konsistorium in Münster:

„Uns ist von der SS-Standarte 30 Bochum (Standartenführer Schlessmann, Bochum, Horst-Wessel-Straße 40) die Meldung zugegangen, daß der Pastor Ehrenberg in Bochum dem Bund der Sowjetfreunde angehört hat. Auch soll er intimen Verkehr mit dem Studienrat Petry (Bochum, Oberrealschule) gepflogen haben, von dem gleichfalls behauptet wird, er habe dem Bunde der Sowjetfreunde angehört, und der außerdem in dringendem Verdacht steht, seine Schüler mit marxistischen Ideen vergiftet zu haben.“

Auf dem Dienstwege durch den Superintendenten in Bochum antwortet Ehrenberg dem Konsistorium unter dem 3. Juli 1933:

„Ich habe mit dem Bund der Sowjetfreunde niemals die geringste Berührung gehabt.“

Dann schildert er sein Verhältnis zu Dr. Petry, den er als nichtmarxistischen Jungsozialisten und bewußt christlichen positiv gläubigen Mann bezeichnet. Er hält den Vorwurf gegen Petry für falsch.

Wichtig aus diesem ersten Rechtfertigungsbrief nach der sogenannten „Machtübernahme“ sind folgende Passagen:

„Seit acht Jahren sucht die nationalsozialistische Bewegung mich mit allen Mitteln vom Amt zu entfernen. Es ist ihr nicht gelungen, mir das Herz meines Bezirkes zu entfremden, obwohl derselbe sehr stark nationalsozialistisch ist . . . Ich bitte gehorsamst, das Konsistorium zu erwägen, daß der Kampf gegen mich als deutsch-evangelischen Pfarrer aus Israel bis aufs Messer geführt wird . . . Dies erwähne ich deshalb jetzt, weil ich mir erlaube, darauf hinzuweisen, daß das Konsistorium mich entweder überhaupt nicht schützen kann oder bereit sein muß, mit mir – der ich dann wahrlich weiß, daß ich aushalte, so furchtbar schwer dieser Leidenszustand ist – bis zum Ende durchzuhalten. Denn es handelt sich ja nicht nur um einen Menschen, sondern um das Evangelium. Ich weiß, daß ich das aussprechen darf, und daß mein geistlicher Oberhirte und das Konsistorium darin mir zustimmen.“

Ehrenberg schließt den Brief mit den Sätzen:

„Der Herr Christus hat mich bisher gehalten und mir die wunderbare Kraft verliehen, allen inneren Versuchungen und Schwächungen zu entgehen. Das wäre nicht möglich, wenn ich nicht wüßte, daß der Kampf um mich eine sinnbildliche Bedeutung für die Erhaltung des Evangeliums bei uns und für die Erhaltung der Substanz der Kirche hat. Gott bewahre unsere Kirche vor dem Abfall, der Schwäche und dem Kleinmut. Ich bitte um Stärkung und Fürbitte.“

Der Antwortbrief des Konsistoriums an den genannten Untersuchungsausschuß fällt ganz nüchtern aus. Er teilt mit, das Ehrenberg nicht Mitglied des Bundes der Sowjetfreunde gewesen sei und gibt schwerkewichtig die Beurteilung Ehrenbergs über Dr. Petry wieder.

Wichtig an diesem Auftakt der politischen Verdächtigungen Ehrenbergs ist der damals schlimmste und für Leben und Existenz folgenreichste Vorwurf, Marxist oder Kommunist gewesen zu sein. Wie unsinnig er gegenüber Ehrenberg ist, zeigt das schon erwähnte Buch „Deutschland im Schmelzofen“, das zu einem großen Teil eine scharfe theologisch-politische Abrechnung mit dem Bolschewismus ist. Ehrenberg selbst hatte entsprechend auch auf dieses Buch in seinem Antwortschreiben hingewiesen.

Aber er war seit langem gewohnt, von völkisch-nationaler und nationalsozialistischer Seite als national unzuverlässig und als Mann mit marxistisch-sozialistischer Vergangenheit angegriffen zu werden. Immer wieder hatte er sich in langen Schreiben mit diesem Vorwurf auseinandergesetzt und versucht, seine Haltung und Handlungen in der Kriegs- und Nachkriegszeit zu verdeutlichen. Er hoffte immer wieder auf eine endgültige Bereinigung dieser seiner Vergangenheit. Er glaubte manchmal fast kindlich an die schließliche Macht der Aufklärung. Daß es den Gegnern aber nicht um faire Auseinandersetzung, sondern um die per-

³ S. K. D. Schmidt, Die Bekenntnisse des Jahres 1933, Göttingen 1934, S. 71.

sönliche und berufliche Vernichtung dieses Mannes aus anderem Blut und von anderem Geist ging, das hat Ehrenberg nur schwer begreifen können.

Ehrenberg war der einzige nichtarische Pfarrer der Kirchenprovinz Westfalen. Er hat früher als andere erkannt, daß das judenchristliche Problem in der Kirche angesichts des militanten Antisemitismus von Partei und Staat ein theologisches und kirchenrechtliches Hauptproblem werden würde. Schon im Juli 1933, also bevor sich die Bekennende Kirche formiert hatte, veröffentlicht Ehrenberg „72 Leitsätze zur judenchristlichen Frage“. Ich zitiere die These 59:

„Die Kirche der Reformation in Deutschland steht oder fällt 1933 bei der Versuchung, die Judenchristen – ganz oder teilweise – aus sich auszusondern. Die judenchristliche Frage wird im letzten Teil des Kirchenstreites zu seinem Sinnbild und Kern³“.

Im September 1933 beschließt die Generalsynode der evangelischen Kirche der altpreußischen Union mit ihrer deutschchristlichen Mehrheit die Übernahme des staatlichen Arierparagraphen vom April 1933, nach dem alle nichtarischen Beamten zu entlassen sind. Dieses Gesetz wird vom Reichsbischof zwar zwischenzeitlich wieder aufgehoben, zeigt aber die schließliche Absicht der deutsch-christlichen Kirchenregimente, Judenchristen aus der Deutsch-Evangelischen Kirche auszuschließen.

Der von Martin Niemöller im September 1933 gegründete Pfarrernotbund, dem auch Ehrenberg angehörte, nimmt als Punkt 4 der Verpflichtung den Satz auf:

„In solcher Verpflichtung bezeuge ich, das eine Verletzung des Bekenntnisstandes mit der Anwendung des Arierparagraphen im Raum der Kirche Christi geschaffen ist⁴.“

Dies ist ein deutliches klares Wort der sich bildenden „Bekennenden Kirche“.

Aber nicht nur das judenchristliche Problem hat Ehrenberg als erster theologisch in seinen 72 Leitsätzen öffentlich durchreflektiert, sondern schon im Frühjahr 1933 fünf westfälische Pfarrer in seinem Pfarrhause zusammengerufen (darunter Ludwig Steil), um angesichts der neuen Situation in Kirche und Staat eine „Bekennnisfront“ aufzubauen. Diese Pfarrer waren es, die das erste Bekenntnis zur Lage am Beginn der NS-Herrschaft und zur Sache des unverfälschten Evangeliums ausgearbeitet haben. Zu Pfingsten 1933 ist es auch mit der Unterschrift des Westfalen Niemöller herausgegeben worden. Es spricht von der notwendigen „Scheidung der Geister“ und formuliert Verurteilungen. Unter anderem heißt es dort:

⁴ Ebd. S. 78.

„Wir verwerfen . . . die neue Schwärmerei des ersten Artikels und erklären: alle Völker und Rassen stehen unter dem Fluch, der über alles Naturhafte ergeht; kein Volkstum erlöst sich aus den Tiefen seines Wesens, denn die Verderbtheit reicht bis in seine Tiefe.“

Und es heißt:

„Ebenso verwerfen wir die Gleichsetzung der Judenmission mit der Heidenmission als Liberalismus, um der heils- und endgeschichtlichen Stellung Israels willen und verurteilen alle Kirchenspaltung, die den Judenchristen aus den Kirchen der Heidenchristen aussondern will.

Schließlich verwerfen wir den Anspruch des Staates, total zu sein, der in der liberalistisch-idealistischen Irrlehre vom Staat (Fichte, Hegel, Marx) wurzelt. Wir fordern, daß der Staat sich nach Luthers Lehre von der Obrigkeit begrenzt, weil er nur dann sein Schwert mit ganzer Strenge führt⁵.“

In einem weiteren Entwurf von Ehrenberg zum Aufbau einer Bekenntnisfront aus dem August 1933 heißt es ähnlich:

„Wir verwerfen die heutigen Schwärmereien von der Kreatur: Erde, Blut, Leib, Volkstum, Vitalität.

Warum? Weil sie die natürlichen Gegebenheiten emanzipieren von dem Schöpfergott und seinem tötenden und lebendigmachenden Wort . . .“

Und:

„Wir sagen Nein:

Die Stunde der Kirche in der Stunde des Volkes zu sehen. Daher üben wir unser Neinsagen in folgender notwendiger Entgegensetzung:

Der völkische Mensch will nur Gesetz, wir Gesetz und Erlösung;

der völkische Mensch will nur Verwurzelung im Irdischen, wir erlöste Natur;

der völkische Mensch will nur Zucht, wir Zucht und Ehrfurcht;

der völkische Mensch will nur Unterordnung und Gemeinnutz, wir Gliedschaft und Dienst aus erfahrener Barmherzigkeit;

der völkische Mensch will Heldentum und Kameradschaft, wir Auftrag und Bruderschaft⁶.“

Die 72 Leitsätze und diese Bekenntnisse westfälischer Pfarrer aus dem Jahre 1933, die Ehrenberg weithin formuliert hat, sind frühe Dokumente der Bekennenden Kirche vor dem Barmer Bekenntnis von 1934. In Bochum unter der theologischen Führerschaft von Hans Ehrenberg steht eine der frühesten Wiegen der Bekennenden Kirche. Es ist später nichts hinzugekommen, was hier nicht theologisch und bekenntnismäßig vorformuliert worden ist. „Barmen“ war schon voll da, bevor es seine bekenntnismäßige Formulierung gefunden hat. In Barmen allerdings fehlte eines – und das sollte für Ehrenberg entscheidend werden – : ein klares Bekenntnis der Kirche auch zur judenchristlichen Frage.

⁵ Ebd. S. 35.

⁶ Ebd. S. 76 f.

Wie geht es nun mit Ehrenberg in den Jahren 1933 und 1934 politisch weiter?

Daß man ihn mit allen Mitteln schon seit längerem zu Fall bringen wollte, zeigt ein Vorgang, der noch auf das Jahr 1930 zurückgeht, aber 1934 erst einen gerichtlichen Abschluß bringen sollte. Die Mutter eines Konfirmanden hatte an der Auslegung der Weihnachtsgeschichte durch Ehrenberg Anstoß genommen und Verleumdungen gegen ihn in Umlauf gesetzt. Ehrenberg mußte schließlich einen Strafantrag gegen diese Frau stellen, um die Sache zu bereinigen. In der Anklageschrift des Oberstaatsanwaltes vom 4. Juli 1934 heißt es:

„Kurz vor Weihnachten sprach der Zeuge über die Menschwerdung Christi anhand der Weihnachtsgeschichte von Luk. 2. Bei Auslegung der Stelle in Vers 65 „die war schwanger“ kam er auf die Schwangerschaft im allgemeinen und auf die Zeugung zu sprechen. Er erläuterte den Vorgang durch Hinweis auf die einzelligen Lebewesen, die sich durch Zellteilung vermehren. Dabei zeichnete er einen Kreis auf die Tafel, den er durch einen Strich teilte, um dadurch die Zellteilung durch Abschnürung zu veranschaulichen. Diese Aufklärung der Jugendlichen ist in durchaus gehöriger Form geschehen. . .“

Im November 1934 wurde dieser Prozeß aufgrund des Gesetzes über die Gewährung von Straffreiheit vom 7. August 1934 eingestellt.

Halten wir fest: Ehrenberg klagt gegen fortgesetzte Verleumdungen durch eine Frau aus der Gemeinde. Der Prozeß wird mit einem gerade erlassenen Gesetz niedergeschlagen. Die Frau geht also straffrei aus.

Zur politischen und pädagogisch-moralischen Verleumdung tritt in der Folgezeit der kleine berufliche Boykottversuch. Das illustriert folgende Geschichte:

Ehrenberg und sein Amtsbruder Lic. Schmidt beschwerten sich beim Schulamt der Stadt Bochum über einen Lehrer X, der die Kinder seiner Schule aufgefordert habe, nicht zu Ehrenberg zu gehen. Das Schulamt antwortet mit einem Brief an Ehrenberg:

„Lehrer X hat in keiner Weise versucht, die Kinder vom Besuche Ihres Konfirmandenunterrichts abzuhalten, anscheinend liegt ein Mißverständnis der Eltern vor.“

Daraufhin schreiben zwei Eltern an das Schulamt. Diese Briefe verdienen erwähnt zu werden, da sie zeigen, wie mutig sogenannte einfache Gemeindeglieder in einer solchen Situation sein konnten.

Der erste Brief lautet:

„In den Wochen nach dem Nürnberger Parteitag hat der Lehrer X meinen Jungen Horst des öfteren angehalten, er solle dem kirchlichen Unterricht von Pastor Ehrenberg fernbleiben und sollte zu Pastor Klein gehen. Auch brauche er sich gar nicht abmelden, Pastor Ehrenberg müßte man aushungern. Aus diesem Grund hat der Lehrer X, da mein Junge im Unterricht blieb, mehrfach mich zu sich bestellen lassen. Schließlich bin ich am Donnerstag, dem 24. 10. in die Schule gegangen.

Dort hat der Lehrer X abgestritten, er hätte nichts persönliches gegen Pastor Ehrenberg gesagt, sondern nur im allgemeinen über Juden gesprochen. Ich sagte: „So ist es nicht wahr, daß Sie Horst gefragt haben: gehst Du immer noch zum Juden Ehrenberg?“ Er fragte darauf Horst und Horst sagte, Sie haben das gesagt! Der Lehrer X hat es dann vor versammelter Klasse zugegeben. Diese Aussage bin ich bereit, jederzeit zu wiederholen. Ich halte mich als deutsche evangelische Christin zu ihr verpflichtet . . .“

Der zweite Brief lautet:

„Ich muß Ihnen mitteilen, daß der Lehrer X die Mädels in seiner Klasse gefragt hat: Wer geht zum Herrn Pastor Ehrenberg zur Kirche und im Unterricht? Dann sagte er, ihr seid Deutsche und sollt nicht zu Juden gehen. Wenn dies Eure Eltern nicht verstehen, sollen sie zu mir kommen, dann werde ich Ihnen mal den Stürmer zeigen.“

Trotz dieser und vieler ähnlicher Tageskämpfe läßt Ehrenberg sich nicht abhalten, sich weiterhin an der theologischen und kirchlichen Diskussion über den Weg einer reformatorischen Bekenntniskirche unter den Bedingungen eines totalen Weltanschauungsstaates und der Ansprüche der deutsch-christlichen Häresie intensiv zu beteiligen. Nach dem Tode Hindenburgs 1934 entwirft er eine Denkschrift an die Obrigkeit mit dem Titel „Kirchenstreit und Kirchenfrieden“, schreibt zwei Schriften „Der Sieg der Kirche“ und „Von der Kirche der Union zum Bekenntnisbau der Deutschen Evangelischen Kirche aus der Heilsordnung Gottes“ und veröffentlicht mehrere Aufsätze in der Zeitschrift „Junge Kirche“.

Seine Hauptthemen: Kirche in der Welt, Konzentration der kirchlichen Arbeit auf Schrift und Bekenntnis, geistliche Bruderschaft in der Gemeinde. Seine Losung: „Die Stunde für den Neuaufbau der Gemeinde ist da!“

Noch mehr als sonst wird er der Gemeindepfarrer. Er schreibt:

„Die (wöchentliche) ‚Bekenntnisstunde‘ ist einfach die Wiege der neuen Gemeinde. Ihr schließt sich in voller Würde die altgepflegte Gemeindebibelstunde an . . . Die Bekenntnisstunde baut die kämpfende, die Bibelstunde die betende Gemeinde . . .“⁷

Der traditionelle kirchliche Betrieb bricht zusammen. Die wahre Gemeinde Jesu Christi lebt aus dem verkündigten Wort, sammelt sich um das Abendmahl und bekennt ihren Glauben vor der Welt. Die Zeit der Verfolgung wird die Wiedergeburt der Kirche.

Doch diese Konzentration auf die Gemeinde bedeutet für Ehrenberg nicht den Rückzug aus der gesamtkirchlichen Verantwortung. Am Kampf der Bekennenden Kirche um ihre Kirchwerdung hat er durch weitere Veröffentlichungen, durch Teilnahme an Pfarrerbruderschaften und an theologisch-kirchlichen Arbeitsgemeinschaften unentwegt teilge-

⁷ In: Junge Kirche, 2. Jg. 1934, S. 359.

nommen. Innerhalb der BK gehörte er zu jenen Kräften, die konsequent für die Selbständigkeit der Kirche gegenüber dem Staat eintraten. Als der von ihm sonst hochgeschätzte Generalsuperintendent Zöllner, für den er 1930 eine Festschrift herausgegeben hatte, sich Herbst 1935 zum Vorsitzenden des Reichskirchenausschusses bestellen ließ, schreibt Ehrenberg ihm einen brüderlich-traurigen Brief. Für Ehrenberg gibt es weder theologische noch kirchenregimentliche Kompromisse mit den deutschen Christen noch ein Arrangement mit der staatlichen Kirchenpolitik, wenn diese zu Lasten des Wesens der Kirche geht.

Diese eindeutige Haltung Ehrenbergs war natürlich weder den Parteibehörden vor Ort noch den staatlichen Kirchenbehörden verborgen geblieben. Und von letzterer Seite beginnt im Frühjahr 1936 der nächste Angriff auf diesen Bekenntnispfarrer.

Unter dem 14. April 1936 schreibt der Ministerialdirigent Hermann von Detten beim „Reichs- und Preußischen Minister für die kirchlichen Angelegenheiten“ an die westfälischen und altpreußischen Provinzialausschüsse folgenden Brief:

„Das Verhalten des Pfarrers Professor Dr Ehrenberg in Bochum gibt zu ernststen Bedenken Anlaß. Erschwerend kommt hinzu, daß er Volljude und erst im Jahre 1909 zum christlichen Glauben übergetreten sein soll. Außerdem ist er nach meinen Informationen vor der Machtübernahme Mitglied der SPD gewesen. Nunmehr wird mir folgendes berichtet: ‚Im Konfirmandenunterricht hat er die Grundanschauungen des Nationalsozialismus über Blut, Boden und Rasse herabgesetzt und seine Konfirmanden, die seinerzeit der HJ und dem BDM angehörten, aufgefordert, sich derartige Grundsätze nicht zu eigen zu machen. U. a. erzählte er den Konfirmanden, daß in einer Bochumer katholischen Schule die Kinder die Klasse verlassen hätten, als der Lehrer ihnen etwas über Rosenberg vorgetragen habe.‘ Ich bitte um Stellungnahme und Bericht darüber, was Sie Ihrerseits zur Verhinderung von schwerwiegenden Weiterungen aus dem geschilderten Verhalten des Pfarrers Ehrenberg zu tun gedenken.“

Wer der Informant des Herrn von Detten war, ist nicht auf den ersten Blick ersichtlich. Aber es wird sich zeigen, daß er die Informationen durch die Geheime Staatspolizei in Bochum bekommen hat.

Ehrenberg muß nun seinen zweiten Rechtfertigungsbrief an das Konsistorium schreiben. Er rückt zunächst wieder die Fakten und Daten zu recht und erklärt dann:

„Behauptungen über mein Verhalten im kirchlichen Unterricht sind seit Oktober 1935 mir bekannt. Entgegnung und Bericht über die angeblichen Vorkommnisse, die auf Zeugenaussagen von Kindern beruhen, die mir nach ihrer eigenen Aussage schroff gegenüberstanden, liegen bei der hiesigen Staatspolizeistelle . . .“

Ehrenberg führt dann weiter aus, daß er sich im Unterricht nicht mit den nationalsozialistischen Grundwerten auseinandersetzte und sagt:

„Kirchlicher Unterricht besteht allein darin, der Jugend den evangelischen Glauben ganz lieb und die Ehre des evangelischen Glaubens ganz groß zu machen . . . Bei dem mündlichen Verhör vor der staatspolitischen Stelle im November 1935 nach dem gottesdienstlichen Kirchengebet für den Führer und Kanzler gefragt, habe ich erklärt, daß mir dieses Gebet stets volle Glaubenssache sei. Ich fügte hinzu, die Schwierigkeiten, in die wir Pfarrer kommen, würden durch den vielfach überschwenglichen Gebrauch und dadurch Mißbrauch rein christlicher Benennungen und Bibelworte in außerkirchlichen Angelegenheiten hervorgerufen, denen wir widersprechen müssen.“

Der Provinzialkirchenausschuß nun macht in seiner Antwort etwas Ungewöhnliches. Anstelle einer sonst üblichen eigenen Kurzfassung der Ehrenbergschen Ausführungen legt er dessen Äußerungen samt dreier weiterer Anlagen bei und konstatiert:

„Hiernach ist der Tatbestand nicht so, wie er dem Herrn Minister für die kirchlichen Angelegenheiten . . . berichtet worden ist. Zu einem Eingreifen des Provinzialkirchenausschusses dürfte kein Anlaß bestehen.“

Der Minister hat sich mit dieser Antwort zufrieden gegeben. Denn eine weitere Nachfrage ist nicht erfolgt.

Zu konstatieren bleibt bis jetzt, daß man bis zum Jahre 1936 auf verschiedenen Wegen und mit verschiedenen Mitteln versucht hat, Ehrenberg unter Druck zu setzen:

- 1933 mit der politischen Verdächtigung, Sympathisant des Bolschewismus und Sozialdemokrat gewesen zu sein,
- 1934 mit der moralischen Verdächtigung, sexuelle Aufklärungsliberalität im Unterricht betrieben zu haben,
- 1935 mit dem Versuch, seinen kirchlichen Unterricht zu boykottieren,
- 1936 mit der Unterstellung der kirchlichen Reichsbehörde, gegen die Grundauffassungen des Nationalsozialismus im Konfirmandenunterricht zu sprechen.

Das bedeutet: eine staatliche Untersuchungsstelle aufgrund einer SS-Initiative, gesellschaftliche Kräfte aufgrund eigener Initiative und ein staatliches Kirchenministerium aufgrund geheimpolizeilicher Initiative haben versucht, die Position Ehrenbergs zu erschüttern. Es ist ihnen aber im ganzen bis 1936 nicht gelungen.

Es blieb nur noch eine Machtorganisation übrig, die jetzt zum Handeln „gezwungen“ wurde, um den langgehaßten Juden und Pfarrer endlich aus dem Amt zu bringen. Und das war die Partei selbst. Sie begann mit ihrer Offensive zu Beginn des Jahres 1937.

Am 19. Februar 1937 schreibt der Stellvertreter des Gauleiters von Westfalen-Süd (Sitz in Bochum in der Wilhelmstraße 15–17) mit Namen Vetter einen Brief an das Konsistorium in Münster. Um der Wichtigkeit willen zitiere ich den vollen Wortlaut:

„Hierdurch bitte ich Sie, die Amtsenthebung des in Bochum ansässigen evangelischen Pfarrers Ehrenberg umgehend in die Wege zu leiten. Der Jude Ehrenberg,

der heute noch u. a. Konfirmandenunterricht und Kindergottesdienst erteilt, legt gerade in der letzten Zeit ein Benehmen an den Tag, das auf die Einwohnerschaft Bochums herausfordernd wirkt und das ich ohne Einzugreifen keineswegs länger zu dulden bereit bin. Es ist mir unverständlich, daß dieser jüdische Pfarrer Ihrerseits bisher nicht abberufen wurde und ich mache besonders darauf aufmerksam, daß man die Disziplin, die seitens der Bevölkerung in dieser Angelegenheit bisher gewahrt wurde, nicht länger auf die Probe stellen kann. Ich darf voraussetzen, daß Sie sich dortseits bereits mit der Person des jüdischen Pfarrers Ehrenberg befaßt haben, möchte jedoch nicht versaumern, Ihnen nachstehend einiges über den Genannten bekanntzugeben.

Im Jahre 1909 ist Ehrenberg zum evangelischen Glauben übergetreten. Vorher hatte er die mosaische Religion. An der Universität in Heidelberg erwarb er die Professorenwrde. Soweit bekannt, war er während des Weltkriegs nie an der Front, denn wäre er es gewesen, würde er es heute ganz besonders hervorheben. Fest steht, daß er einige Zeit vor Ausbruch der Revolution in Jüterbog eine staatsfeindliche Einstellung gezeigt hat. Später war er beim Arbeiter-Soldatenrat. Im Jahre 1919 bestätigte Ehrenberg sich als Kommunist und entwickelte in Heidelberg als kommissarisches Mitglied ein Räte-Programm unter Ausschluß des Bürgertums und verlangte die Zurückziehung der Mehrheitssozialisten aus der Reichsregierung. In der Volkszeitung Heidelbergs vom 13. Dezember 1919 schreibt der Jude Ehrenberg einen Artikel über die Männer des alten Staates und verunglimpft darin die Heerführer Hindenburg und Ludendorff in einer Weise, wie es eben nur ein Fremdstammiger tun kann. Zur Zeit veröffentlicht er unverschämte Artikel im Gemeindeblatt der evangelischen Gemeinde zu Bochum. Er versteht es meisterhaft, seine ihm noch ergebene Kreise zu Eingaben an die Regierung in Arnberg zu mißbrauchen, um die gerade in letzter Zeit immer stärker werdende Opposition gegen sich abzuschwächen.

Ich wiederhole, wie Eingangs erwähnt, meine Bitte, die Entfernung des Genannten in die Wege zu leiten und halte es im Interesse der Befriedigung weiterer Volkskreise für geboten, die Eilbedürftigkeit dieser Angelegenheit besonders zu unterstreichen.

Ich darf Sie daher bitten, mir Ihre Stellungnahme bzw. das Veranlaßte baldmöglichst bekanntzugeben.

Heil Hitler!“

Der Tatbestand: die Partei verlangt die „Entfernung“ Ehrenbergs durch die kirchenleitenden Organe. Sie verweist als Begründung auf die politische Vergangenheit des getauften Juden und Theologen hin.

Das Konsistorium leitet diesen Brief von Vetter auszugsweise an die Superintendentur in Bochum weiter und bittet „um beschleunigten Bericht und Nachanhrung des Pfarrers Dr. Ehrenberg“. Dieser antwortet in einem längeren Brief, dem dritten Rechtfertigungsbrief seit 1933. Er stellt zunächst wieder die biographischen Daten richtig und geht im einzelnen auf die Vorwürfe ein, so wie er es in den beiden ersten Rechtfertigungsbriefen getan hat.

Inzwischen hatte das Konsistorium unter dem 2. März 1937 eine erste Antwort an Vetter abgeschickt. Aufgrund der Vorgänge vom Mai 1933

und April 1936 (behauptete Mitgliedschaft im Bund der Sowjetfreunde und Brief des Ministers für kirchliche Angelegenheiten) konnte das Konsistorium einige Behauptungen und Anwürfe gegen Ehrenberg von sich aus richtigstellen. Ergänzend hatte man beim Kriegsministerium einen „Kriegsranklistenauszug“ angefordert und teilte die Hauptergebnisse dieser Eintragungen mit.

Zu den aktuellen Vorwürfen gegen Ehrenberg heißt es in diesem Brief:

„Die in ihrem obigen Schreiben erwähnten weiteren Umstände, Ehrenberg zeige gerade in der letzten Zeit ein herausforderndes Benehmen und veröffentlichte unverschämte Artikel, sind uns bisher, etwa durch Eingaben oder Beschwerden nicht bekannt geworden. Wir haben zur Feststellung des Tatbestandes das Erforderliche veranlaßt und werden demnächst hierauf zurückkommen. Die Heidelberger Volkszeitung vom 13. Dezember 1919, in der Ehrenberg die Heerführer Hindenburg und Ludendorff verunglimpft haben soll, ist uns nicht zugänglich, der Artikel ist uns nicht bekannt. Wir bitten, uns den Artikel, wenn möglich, zu übersenden.

Im übrigen haben wir unserer vorgesetzten Behörde, dem Evangelischen Oberkirchenrat in Berlin in der Angelegenheit Bericht erstattet.“

Man wird sagen müssen, daß diese Antwort des Konsistoriums sachgerecht gewesen ist. Man begnügt sich mit Richtigstellungen. Auf den Wunsch des Herrn Vetter, Ehrenberg des Amtes zu entheben, geht man mit keiner Zeile ein.

Wichtig nun für den weiteren Gang der Ereignisse ist der Brief des Konsistoriums an den EOK in Berlin, geschrieben vom Konsistorialrat Lic. Krieg und Konsistorialassessor Dr. Steckelmann. Er enthält neben den sachlichen Mitteilungen noch folgenden Passus:

„Nach den Vorgängen der Jahre 1927 bis 1929 ist u. U. nicht ausgeschlossen, daß bei der jetzigen Sachlage, wie sie aus dem streng vertraulichen Schreiben der Gauleitung ersichtlich ist, für eine wirksame Tätigkeit des Pfarrers Dr. Ehrenberg im Gemeindepfarramte, in unserer Kirche überhaupt, kein Raum mehr bleibt und daß eine entsprechende Entscheidung (etwa wie in einem ähnlichen Falle in einer anderen Kirchenprovinz Versetzung in den Ruhestand?) getroffen werden muß, ehe Umstände eintreten, die nicht nur für Pfarrer Dr. Ehrenberg selbst, sondern überhaupt für die Kirche schwerwiegend sein könnten.“

Es wird klar: während man der Gauleitung einen relativ formalen Bescheid gibt, empfiehlt das Konsistorium in Münster dem EOK eine Versetzung Ehrenbergs in den Ruhestand. Natürlich weiß man in Münster über seine Kontroversen mit den völkischen Antisemiten und den Nationalsozialisten aus der Weimarer Zeit. Und vor allem: der Vetter-Brief ließ einen klaren Parteiwillen erkennen.

Der EOK beeilte sich mit seiner Antwort nicht, so daß Krieg und Steckelmann noch einmal beim zuständigen Oberkonsistorialrat Hymmen wegen einer Entscheidung im Falle Ehrenberg nachsuchten. Sie

konnten sich denken, daß sich die Gauleitung in Bochum mit der ersten Antwort des Konsistoriums nicht zufrieden geben konnte. Und in der Tat: am 9. April schreibt Vetter einen zweiten Brief, der noch deutlicher wird als der erste. Ich zitiere wieder vollständig:

„In Beantwortung Ihres Schreibens vom 2. März d. Js. teile ich Ihnen mit, daß Ihre Stellungnahme zu meinem mit Schreiben vom 19. Februar dieses Jahres geäußerten Wunsche in keiner Weise meinen Erwartungen entspricht. Die Stellungnahme des Pfarrers Dr. Ehrenberg in den Verfahren, welche im Mai 1933 gegen ihn beantragt wurden, und welche in Ihrem Antwortschreiben wörtlich wiedergegeben worden sind, gehen teils am Kern der Sache vorbei und sind teils unrichtig.

Der Jude Ehrenberg bedeutet für mich keine kirchliche, sondern eine kriminelle und politische Angelegenheit, um deren Bereinigung ich ebenso höflich wie dringend ersuchen möchte. Bei etwas gutem Willen und Einsicht müßte es m. E. dem evangelischen Konsistorium in Münster möglich sein, eine vorläufige Regelung zu treffen, die dem Juden verbietet, dem deutschen Kind und dem deutschen Menschen das Wort Gottes zu predigen. Oder ist das evangelische Konsistorium etwa von der Reinheit und Makellosigkeit dieses Juden überzeugt? Zu Ihrer Orientierung sei noch bemerkt, daß die Stapo noch im Besitz einer Akte aus dem Jahre 1933 ist, aus der hervorgeht, daß Dr. E. in seiner Eigenschaft als Pfarrer Konfirmandenunterricht mißbraucht hat, um die Konfirmanden in sexuellen Dingen aufzuklären. Natürlich streitet er ab, diese Aufklärung im Sinne des Juden Magnus Hirschfeld und Löwenstein gemacht zu haben und dabei Zeichnungen über Vorgänge bei Erzeugung und Geburt gemacht zu haben. Die Angelegenheit fiel damals unter die Amnestie, so daß eine Gerichtsverhandlung nicht stattfand.

Wunschgemäß lege ich Ihnen eine Abschrift des Artikels in der Heidelberger Volkszeitung vom 13. Dezember 1919 bei, worin die Heerführer Hindenburg und Ludendorff verunglimpft wurden.

Im Interesse der Zeitersparnis und einer schnelleren Abwicklung der Angelegenheit würde ich es jedoch für richtig halten, den Juden Ehrenberg zu dem fraglichen Artikel, der die Einstellung dieses Mannes typisch kennzeichnet, nicht erst Stellung nehmen zu lassen. Wenn Sie in Ihrem Schreiben zum Schluß betonen, daß Ihnen durch Eingabe und Beschwerde bisher nicht bekannt wurde, daß Ehrenberg gerade in letzter Zeit ein unverschämtes, herausforderndes Verhalten an den Tag gelegt hat, so muß ich Sie bitten, meinen Ausführungen als verantwortlichen Hoheitsträger Glauben zu schenken. Die Vergangenheit dieses Juden und die Tatsache, daß er als Jude dortseits für würdig befunden wird, auf die Erziehung des deutschen Volkes noch heute einzuwirken, hat in dem Stadtteil, in dem er wohnt und in ganz Bochum eine Empörung hervorgerufen, die zu beseitigen Ihre sowie meine Pflicht ist.

Vielleicht bietet Ihnen der in diesen Tagen erschienene Runderlaß des Herrn Reichsministers des Innern eine Handhabe, der besagt, daß Juden fortan nicht mehr als Gemeindebürger anzusehen sind.

Heil Hitler!“

Hier wird deutlich: es geht nicht um Wahrheit oder Unwahrheit im persönlichen und politischen Leben des Menschen Ehrenberg, sondern um das Faktum, daß ein Jude durch seine kirchlich-theologische Tätig-

keit die Möglichkeit hat, auf deutsche Menschen Einfluß zu nehmen. In dieser Logik ist es auch völlig unwichtig, daß und wie der Betroffene Stellung bezieht. Man will ohne lange Verfahren seine vom Volkszorn geforderte Amtsenthebung. Man vergißt auch nicht, der Kirche einen rechtlichen Tip zu geben, wie man unter Hinweis auf ein staatliches Gesetz sich eines kirchlichen Amtsträgers entledigen könne.

Es dürfte kein Zufall sein, daß genau einen Tag vor diesem zweiten Vetter-Brief im „Schwarzen Korps“ ein Artikel gegen Ehrenberg erscheint. Nach diesem Artikel konnte jeder wissen, wie ernst die Situation für Ehrenberg geworden war. Es heißt dort:

„Aus Bochum, wo der Kulicke-Pfarrer Klose seines Amtes waltet, erhalten wir Nachricht über dessen Freund und Amtsbruder Professor Dr. Hans Ehrenberg, der gleichfalls als evangelischer Pfarrer tätig ist. Bis zum Jahre 1909 bekannte er sich zum mosaïschen Glauben, was durchaus seiner Rasse entsprach. In jenen Jahren aber entdeckte er die verschiedenen Vorzüge des christlichen Bekenntnisses, neigte sein lockengeschmücktes Haupt vor dem, den seine Vorfahren ans Kreuz schlugen, hängte den Kaftan an den Nagel, schlüpfte hurtig ins evangelische Mäntelchen und ward – hast du nicht gesehen – der eifrigste Christ weit und breit im Lande.

So groß war sein Eifer, daß er nach Jahr und Tag als wohlbestallter Geistlicher frommen Gemeinden Gottes Wort predigen konnte, so, wie er es verstand, beziehungsweise so, wie die Gojim es verstehen sollten. Und sein Eifer ward größer und größer. So groß, daß er, als die selige weimarische Zeit ausbrach, hurtig die Ballonmütze der SPD aufsetzte, als sei sie die geeignete Ergänzung des christlichen Mäntelchens. Dabei blieb es bis zum Jahre des Unheils 1933 – nicht länger, aber auch nicht kürzer. Und da er im Bekennen nun einmal versiert war wie kein zweiter, schlüpfte er 1934 auch noch in die sogenannte Bekenntnisfront.

Dieses Musterbeispiel eines bekenntnisfreudigen Mannes predigt allsonntäglich der Bochumer Christenheit: ein Jude und protestantischer Theologe, ein gottlobender Marxist und Bekenntniseiferer – wahrlich ein bekenntnistüchtiges Universalgenie.

Wir hätten gegen den vielseitigen Mann nichts einzuwenden und würden es der Bochumer Christenheit überlassen, sich ein Verslein auf seine Charakterfestigkeit zu machen, wenn er nicht nach wie vor zum Religionslehrer, also zum Erzieher deutscher Kinder an einer Bochumer Schule bestellt wäre. Man kann sich denken, mit welchem Eifer er der Aufgabe obliegt, deutsche Kinder in ihrer Charakterfestigkeit zu stützen und zu staats- und volkstreuen Menschen heranzubilden.

Mit welch angenehmen Gefühlen muß ein Nationalsozialist seine Kinder in eine Schule schicken, wo ein Ehrenberg lehrt und ihnen mit jüdischer Kniffligkeit das ausredet, was sie im Elternhaus und in den Heimabenden der HJ gelernt haben! Predigt schon sein Amtsbruder Klose, daß man den Mörder Kulicke, der Gottes Hand nur einen Augenblick lang losließ, um derweil seine Frau zu erschlagen und zu verteilen, als leuchtendes Vorbild der Jugend hinstellen müsse, weil er hinterher vermittels einiger Kniefälle vor Klose wieder Vergebung fand – von welcher Moral muß erst die Jugenderziehung des Juden Ehrenberg erfüllt sein, und welche Beispiele wird er den von ihm betreuten Kindern als leuchtend hinstellen!

Religion ist Privatsache. Nicht Privatsache ist die Erziehung der Jugend. Man wird

die Jugend vor verderblichen Einflüssen schützen müssen, mögen sie nun unterm jüdischen, christlichen, marxistischen oder bekenntnistüchtigen Mäntelchen oder wie beim Juden Ehrenberg unter all diesen Mäntelchen gleichzeitig daherkommen. Es ist ein unmöglicher Zustand, daß ein Jude immer noch als Lehrer sein Wesen treiben darf, wenn ihm die christliche Tarnung geglückt ist. Man verlangt von jeder Stenotypistin den Nachweis arischer Abstammung, nur von einem Religionslehrer nicht. Die Kirchen mögen sich ihre Pfarrer nach Gutdünken aussuchen – ihre Maßstäbe interessieren uns nicht. In öffentlichen Schulen gilt nur ein Maßstab, und der ist der unsrige: Erzieher deutscher Kinder kann nur sein, wer deutschen Blutes ist und durch seinen Charakter und seine Vergangenheit die Gewähr dafür bietet, daß er die ihm Anvertrauten zu guten Deutschen und Nationalsozialisten erzieht.“

In dieser Atmosphäre der Erwartung kommender Bedrängnisse und Entscheidungen findet am Vormittag des 26. April 1937 in der Diebergstraße die erste Aussprache eines Theologischen Arbeitsausschusses der BK Bochum über das sogenannte theologische Problem eines judenchristlichen Pfarrers statt. Man vereinbart, nach einem weiteren Gespräch einen kleinen Ausschuß einzusetzen, um später der Kreissynode der Bekenntniskirche ein Ergebnis vorlegen zu können. Man zielt auf ein Wort über „Kirche und Israel“.

Dies konnte langfristig für Ehrenberg eine Hilfe sein, aber half ihm aus seinen aktuellen Schwierigkeiten nicht heraus. Deshalb überlegte man im Kreise der Brüder, für die Zwischenzeit bis zur Verabschiedung eines verbindlichen Bekenntnisses einen Hilfspastor mit der Seelsorge zu beauftragen.

Doch es kam anders. Am Nachmittag desselben Tages reist nämlich Oberkonsistorialrat Hymmen vom Berliner EOK nach Bochum an und legt Ehrenberg in dessen Wohnung die inzwischen entstandene Situation nach Eintreffen des zweiten Vetter-Briefes unverblümt dar. In dieser heftigen Diskussion hat nach Aussagen Ehrenbergs vor allem sein Artikel aus dem Jahre 1919 über Hindenburg und Ludendorff eine entscheidende Rolle gespielt. Seine nationale und politische Unzuverlässigkeit in den Augen der Nationalsozialisten war für Hymmen von zentraler Bedeutung. Die Kirchenbehörde sah bei der politischen Vergangenheit Ehrenbergs in der Weimarer Republik keine Möglichkeit mehr, ihn angesichts des politischen Drucks von seiten der Partei zu stützen. Hymmen legt in diesem Gespräch Ehrenberg nahe, selbst seine Versetzung in den Ruhestand zu beantragen. Aus einem konsistorialen Vermerk geht hervor, daß Hymmen bis zum 3. Mai Zeit gegeben hat, sich endgültig zu entscheiden.

Ehrenberg hat nach diesem Ultimatum sofort mit dem Westfälischen Bruderrat unter Präses Koch Kontakt aufgenommen. Er schreibt dazu in seinem späteren Abschiedsbrief an die Amtsbrüder:

„In dieser Lage hielt ich es für meine gehorsamste Pflicht, daß ich die Entschei-

dung Präses Koch überließ, dem ich mein Amt deshalb zur Verfügung stellte. Die Entscheidung . . . fiel dann, daß ich den Antrag des EOK, mich pensionieren zu lassen, annehmen sollte.“

Am 5. Mai 1937 schreibt Ehrenberg an den EOK zu Händen OKR Hymmen:

„Nach Beratung mit Herrn Präses D. Koch und dem Einvernehmen mit ihm beantrage ich meine Versetzung in den Ruhestand zu einem vom OKR zu bestimmenden Zeitpunkt. Nachdem mein Dienst dadurch schon gefährdet gewesen ist, daß die Kirche bisher kein Zeugnis zur Frage des Christen aus Israel in der Kirche ablegen konnte, darüber auch schon Erwägungen zwischen dem Westfälischen Bruderrat und mir angestellt gewesen sind, erkläre ich, daß ich gleichwohl den jetzt von mir geforderten Schritt in dieser Form niemals vollziehe, wenn ich mich als Mann und Christ in sachlicher Weise offen und ehrlich verantworten könnte, betreff die gegen mich erhobenen politischen Bedenken . . .“

Die Antwort des EOK erfolgt selten schnell schon am 8. Mai:

„Wir haben das Evangelische Konsistorium in Münster im Einvernehmen mit unserer Finanzabteilung ermächtigt, Sie zum 1. Juli 1937 entsprechend Ihrem Antrage in den dauernden Ruhestand zu versetzen und dabei die Bestimmungen in Paragrah 4 Abs. 2 der ersten Verordnung zum Reichsbürgergesetz vom 14. November 1935 . . . analog anzuwenden.

Und am 15. Mai wird Ehrenberg für die Zeit bis zum 1. Juli von seinen „Amtsobligationen“ beurlaubt. Die Meldung über diesen Vorgang geht noch am selben Tag an die Gauführung in Bochum.

Später in einem Brief vom 14. Juni 1937 versucht Ehrenberg noch einmal, auf die unwahren Behauptungen in den beiden Briefen der NSDAP hinzuweisen. Den ersten kannte er in Auszügen, von dem zweiten hatte er in dem Gespräch mit Hymmen gehört. Er schreibt:

„Wenn ich auch in meiner Wehrlosigkeit meine Entgegnungen der politischen Stelle nicht zugänglich machen kann, so gehört es sich doch, daß Sie sie erhalten, damit die Eingänge in meinen Akten nicht ohne Klärung bleiben, um der Wahrhaftigkeit willen.“

Ehrenberg glaubte bis zum Schluß an die Loyalität des Konsistoriums. So schickt er ihm auch noch am 9. Juli 1937 einige „Mitteilungen für meine Akten“. Es ist sein vierter Rechtfertigungsbrief seit 1933. Ferner legt er seinen Abschiedsbrief an die Amtsbrüder bei und seine letzten Bochumer Predigten. Ein Mann kämpft um seine Ehre.

Dieser letzte Brief Ehrenbergs an das Konsistorium hat als Vermerk des Sachbearbeiters Konsistorialrat Krieg: „Nichts zu veranlassen.“ Für die Kirchenbehörde war der Fall Ehrenberg damit erledigt. Vom ersten Brief des stellvertretenden Gauleiters bis zur Beurlaubung waren drei Monate und bis zur Versetzung in den Ruhestand viereinhalb Monate vergangen.

Was geschah in Bochum nach dem Bekanntwerden der Nachricht vom Rücktritt Ehrenbergs?

Der Amtsbruder Dr. Hardt und die beiden Bekenntnispresbyter des VI. Bezirks haben am Montag vor Exaudi bei Präses Koch einen Besuch gemacht und erreicht, daß der Präses am Freitag vor Pfingsten nach Bochum kam. Zusammen mit den BK-Amtsbrüdern der Altstadtgemeinde hat er ein Wort an die Gemeinde entworfen, das Pfingsten von allen Kanzeln verlesen und im Gemeindeblatt gedruckt wurde.

Ehrenberg hat an den beiden Pfingsttagen des 16. und 17. Mai 1937 und am Sonntag Trinitatis (23. 5.) vor vielen tausend Menschen in der Christus- und in der Pauluskirche seine Abschiedspredigten mit anschließender Abendmahlsfeier gehalten. Sie liegen gedruckt vor und sind ein Zeugnis für den tiefen Glauben und die Kirchlichkeit dieses Mannes⁸. Die Kanzelabkündigung zu Pfingsten hatte folgenden Wortlaut:

„Der Bruderrat der Westfälischen Bekenntnissynode und die Pfarrer der Bekennenden Gemeinde Bochum-Altstadt geben der Gemeinde Bochum das Folgende bekannt:

Pfarrer Dr. Ehrenberg, der Seelsorger des VI. Pfarrbezirks wird auf seinen Antrag zum 1. Juli d. Js. in den Ruhestand treten.

Pfarrer Dr. Ehrenberg hat seinem Bezirk seit 12 Jahren mit dem Worte Gottes gedient. Dieser Dienst kam in den letzten Jahren unter immer schwereren Druck. Seit Beginn des Kampfes der Bekennenden Kirche hat der Angriff der nichtkirchlichen Kreise außerhalb und innerhalb der Kirche sich gegen den Dienst der Prediger gerichtet, die als Glieder des Volkes Israel durch die Gnade Jesu Christi Glieder der christlichen Kirche geworden sind. Die Bekennende Kirche hat diesem Angriff um des Evangeliums willen widerstanden; sie hat die Geltung des Arierparagraphen in der Kirche abgelehnt. Die Gemeindeglieder des VI. Pfarrbezirks sind in das Ringen um diese Frage in besonderer Weise gerufen worden. Dieser Kampf war schwer, aber er ist nicht ungesegnet gewesen. Es ist dem Bezirk insonderlicher Weise geschenkt worden, Bekennende Kirche zu sein. Der Sinn dieses Ringens war ja nicht, dem Pfarrer seine Stelle zu erhalten, sondern es galt, das Taufsakrament und die Berufung zum Amt ernst zu nehmen.

Wenn Pfarrer Ehrenberg jetzt aus seinem Gemeindepfarramt scheidet, so geschieht das, weil die Kirche keine Möglichkeit hat, für ihn und für seinen Bezirk so einzutreten, wie es die Sache erfordert.

Wir rufen die Gemeinde Bochum auf, Gott dem Herrn für alles zu danken, was er in den Jahren der Arbeit Pfarrer Ehrenbergs gegeben hat. Wir bezeugen, daß er seiner Gemeinde ein treuer Hirte war. Er hat das Wort von der Versöhnung lauter und rein gepredigt. Er hat in der Bekennenden Kirche Westfalens Brüder im Amt gestärkt. Pfarrer Ehrenberg ist unser Bruder in Christus. Er bleibt unser Bruder im Amt. Wir sind gewiß, daß Gott seinen Weg, den er in Übereinstimmung mit uns geht, für ihn selbst und für den Dienst der Kirche segnen wird . . .“

⁸ Herausgegeben als „Drei Pfingstpredigten. Zum Abschied von dem Pfarramt in der Evangelischen Gemeinde Bochum“, Bochum 1937.

Dies ist ein Dokument des Eingeständnisses der Ohnmacht. Der entscheidende Satz sei wiederholt:

„Wenn Pfarrer Ehrenberg jetzt aus seinem Gemeindeamt scheidet, so geschieht das, weil die Kirche keine Möglichkeit hat, für ihn und für seinen Bezirk so einzutreten, wie es die Sache erfordert.“

Erfordert hätte die Sache ein klares Nein der Kirche zum Ansinnen der Partei. Aber genau das war nicht möglich. Keine Institution, keine Einzelperson und keine Personengruppe in der Kirche waren zu dieser Zeit nach fünf Jahren totalitärer Staatspraxis und massivster Offensive gegen Christentum und Kirche in der Lage, eindeutigen Widerstand zu leisten. Es sei denn, zum Preis des eigenen Opfers.

Ehrenberg selbst wußte natürlich, daß EOK und auch Bekennende Kirche sich dem politischen Druck der allmächtigen Partei beugten. Der EOK ohne größere Skrupel, die Bekennende Kirche im Bewußtsein ihrer Schuld. Trotzdem hat Ehrenberg vor allem das Verhalten seiner Bekennenden Kirche tief geschmerzt. Er war damals nach eigenen Worten davon überzeugt, daß diese „Wehrlosigkeit und Glaubensschwäche“ nicht eingetreten wären, „wenn das Bekenntniswort der Kirche zur Frage des judenchristlichen Amtsträgers schon gelöst worden wäre“.

Aber genau hier lag seit 1933 das Versäumnis. Es gibt Äußerungen von Einzelpersonen, von kirchlichen Gruppen und theologischen Fakultäten zum Problem, aber keine Bekenntnissynode oder eine geistlich legitimierte Kirchenleitung haben hier ein klares theologisches Bekenntnis gesprochen und eine entsprechende kirchenrechtliche Position bezogen. (Ganz zu schweigen von einem Wort zur Judenfrage, zur Judenverfolgung und zum Judenmord überhaupt.) Die Konsequenz: Politischer Druck auf judenchristliche Amtsträger und judenchristliche Gemeindeglieder fand nur hinhaltenden Widerstand bei den meisten Gemeinden und Kirchenleitungen. Ein status confessionis war nicht bezogen worden. In unserem Falle konnte die politische Vergangenheit eines Amtsträgers einen Grund abgeben, ihn seines kirchlichen Amtes zu entheben. Kirchenleitungen hatten die Möglichkeit, mit dem Hinweis auf die übergeordneten Interessen der Kirche einem dramatischen Konflikt mit dem Staat aus dem Wege zu gehen.

Da im Falle Ehrenberg die Behördenkirche und auch die BK einen konsequenten Widerstand meinten nicht leisten zu können, dies aber nicht für jedermann sichtbar eingestehen wollten, verlangten sie in dieser Situation von dem Angegriffenen selbst, also von dem, der unter Druck geraten war, ein letztes Opfer, nämlich von sich aus die Versetzung in den Ruhestand zu beantragen. Ehrenberg selbst sagte dazu: „Meine Beurteilung ist folgende: ich habe aus Gehorsam gehandelt, ich bringe ein Opfer ...“

Die Kirche sah unter dem Drohen der Partei keine andere Möglichkeit als diese, wollte es aber selbst nicht verfügen. Von den Kriterien des Ordinationsgelübdes her lagen ja auch keine Gründe zur Amtsenthebung vor. Theologisch und kirchenrechtlich gab es keine Handhabe gegen Ehrenberg. Es lag eben „nur“ der politische Wille der Staatspartei vor. In dieser Situation gab es in der Tat nur einen halbwegs günstigen Ausweg für die Kirche: der politisch und rassisch Verfolgte mußte seinerseits seiner Kirche den letzten Dienst erweisen und sein Ausscheiden aus dem Amt als eigene Entscheidung in der Öffentlichkeit ausgeben. Aus dem Objekt der Verfolgung wurde so vordergründig für die Öffentlichkeit und für die Personalakte ein Subjekt, das eigenen Willen vollzog.

Die Perversion war perfekt. Die Behörde konnte schreiben: „Auf *Ihren* Antrag hin, versetzen wir Sie . . . in den Ruhestand.“ (Brief vom 14. Juni 1937.)

Es hat bei vielen Gemeindegliedern, die dieses Spiel durchschaut hatten, Verbitterung über das Verhalten der Kirche gegeben. Ehrenberg schreibt selbst dazu:

„In meinem Bezirk sagt man jetzt, nur der Bezirk hat gekämpft, die Kirche hat gar nicht wirklich gekämpft . . . darauf habe ich gesagt: an sich stimmt das; aber das ist der Unterschied zwischen Gemeinde und Kirche, daß die Gemeinde kämpfen und widerstehen kann, einfach auf Grund der Glaubensgemeinschaft, daß aber die Kirche nur kämpfen kann, wenn sie das Bekenntniswort geschenkt bekam.“

Hier wieder die große Wunde: das fehlende Bekenntnis der Kirche zur Sache. Eben deshalb ihre theologische Orientierungslosigkeit und ihre praktische Richtungslosigkeit. Ehrenberg hat um diesen Grundschaden von 1933 an genau gewußt. Aber es war kein Anlaß für ihn, sich nach seiner Entlassung vom Kampf der Bekennenden Kirche zu distanzieren. Seinen Brüdern der BK sagt er:

„So sehr ich in Sachen des Amtes in das Leere treten muß, so sehr bleibe ich in allem, was mich als Glied der Kirche angeht, im Kampf der Kirche und im Kampf daher gerade auch um das jetzt nicht mehr von mir innegehabte Amt mittendrin. Eine Verlegung des Kampfes, sonst nichts.“

Und in der Tat: Ehrenberg, zum 1. Juli 1937 in den Ruhestand versetzt – übrigens derselbe Tag, an dem Martin Niemöller verhaftet wurde –, macht weiter. Das theologisch Versäumte muß nachgeholt werden. Aus der „Gefangenschaft seines Amtes“ heraus, wie er sich ausdrückte, hat er den Kampf der Bekennenden Kirche weiter mitgekämpft. Noch am letzten Abend im Amt am 30. Juni 1937 hat er einen langen Brief an seine „Westfälischen Brüder im Amt und außerhalb des Amtes“ geschrieben. Er ist ein theologisches Vermächtnis dieses Mannes an seine Kirche. Es ist eine Theologie des Kreuzes, wie sie nur in dieser Zeit geschrieben

werden konnte. Und es ist eine Theologie der Bruderschaft, wie sie auch nur in dieser Zeit geschrieben werden konnte.

Und im Herbst desselben Jahres verfaßt er eine Analyse zur „inneren Lage der Bekennenden Kirche“, die harten Zerreißproben ausgesetzt war.

Vor allem aber wird in seinem Hause in vielen Sitzungen an der Fertigstellung der Vorlage „Kirche und Israel“ gearbeitet. Trinitatis 1938 wird sie als Manuskript gedruckt herausgegeben. Mitautoren sind die Pfarrer Bach, Hartmann, Schilling und Wagener. Als Kurzfassung entwirft Ehrenberg am 15. Oktober 1937 „Ein Bekenntniswort an die Deutsche Bekennende Kirche“.

Doch diese theologischen Bemühungen kommen alle zu spät. Sie fallen in eine Zeit der tiefsten Krise der Bekennenden Kirche im Sommer und Herbst 1938. Sie haben keinen Einfluß mehr auf den Gang der folgenden Monate und Jahre.

Ebenso von den kommenden Geschehnissen verschlungen, wird der Versuch Ehrenbergs, mit Unterstützung bekenntnistreuer Pfarrer eine „seelsorgerische Sonderbetreuung von Gemeindegliedern, die unter der Wirkung der Rassengesetzgebung stehen“ aufzubauen. Im März 1938 hat er über diese seine Tätigkeit einen ersten zweiseitigen Bericht geschrieben. Der entlassene judenchristliche Pfarrer zieht durchs Land, um anderen Judenchristen seelsorgerlich beizustehen. Er hält Wort: seine Amtsenthebung war nur eine Verschiebung des Kampffeldes.

Am 9. November 1938 ist Ehrenberg auf einer Reise im Rheinland. Er erlebt die Zerstörung seiner Wohnung nicht mit. Er eilt aber sofort nach Hause, um bei der Familie zu sein. Er weiß, was auf ihn zukommt. Mit seiner Familie zusammen feiert er das Abendmahl und stellt sich der Polizei. An jenem 11. November wird er nach Sachsenhausen abtransportiert. Er hat später über diese Zeit einiges, wenn auch sehr verhalten, geschrieben. Das jedoch ist nicht mehr unser Thema. Berichten wir nur noch dieses: Ehrenberg war bis März 1939 im KZ. Er war dort Leichenträger. Über Holland konnte er nach England emigrieren. Seine Familie folgte kurz vor Ausbruch des Krieges nach.

Im Januar 1947 durfte er in sein so schmerzhaft geliebtes Deutschland zurückkehren. In seinem Büchlein „Heimkehr nach Deutschland“ schrieb er 1948:

„Von 1933 bis 1945 hat in Deutschland das Dritte Reich bestanden. Es hat während seiner zwölf Jahre verstanden, Weltgeschichte zu machen. So werden es einmal die Schüler in der ganzen Welt lernen. Das schließt den gigantischen Krieg ein, der am Ende der ersten Hälfte der genannten Periode ausbrach und mit einer alle Lande befallenen Umwälzung aller Dinge und Ordnungen endete. Sehr viel mehr werden die Schulkinder in der Welt nicht erzählt bekommen; das Dritte Reich wird zu den kaum erzählbaren Dingen gehören. Man wird sich ausführlicher als mit den zwölf

Hitlerjahren mit dem beschäftigen, was vor 1933 und dem, was nach 1945 geschehen ist. Die Jahre des Dritten Reiches aber wird man aus einer gewissen Ermüdung heraus – und nicht nur in Deutschland – mit Erfolg vergessen wollen⁹.“

Damit diese „Prophezeiung“ Ehrenbergs nicht geschehe, dazu sollte dieser Beitrag dienen. Und daß, um mit Hans Iwand zu sprechen „Hans Ehrenberg, der Grenzgänger, der Mann zwischen den Fronten, der Philosoph und Theologe, der Lutheraner und ökumenische Theologe, der Deutsche“, nicht vergessen, sondern von uns neu entdeckt werde, dürfte für uns Heutige eine theologische, kirchliche und auch politische Verpflichtung sein¹⁰.

⁹ In: Heimkehr nach Deutschland, Gütersloh 1949, S. 13.

¹⁰ S. Geleitwort von Hans Iwand zum Buch von Ehrenberg „Heimkehr nach Deutschland“, S. 8.